



focus 3/10

Mai

Die Kunst der Kombination für benachteiligte Quartiere

Ob Längi in Pratteln, Clarens in Montreux oder Langäcker in Spreitenbach – diese Quartiere tragen Lasten für eine ganze Stadt und erbringen für sie hohe Integrationsleistungen. Übermässige Verkehrsbelastung, vernachlässigte Liegenschaften, Konzentration von Menschen mit niedrigem gesellschaftlichem Status, steigender Anteil der Migrationsbevölkerung, unattraktives Wohnumfeld, schlechtes Image sind nur einige der Belastungsfaktoren in solchen Gebieten. Die Verschiedenheit dieser Faktoren lässt die Komplexität der Ausgangslagen und die Breite des Handlungsbedarfs erahnen: Raumplanung, Liegenschaftenmarkt, Verkehr, Demographie, Bildung, Integrations- und Sozialpolitik sind ein paar der beteiligten Sachthemen. Trotz Ähnlichkeiten unterscheiden sich Lage und Bedarf in den einzelnen Quartieren. Deshalb stellt die Entwicklung einer übergeordneten Strategie eine Herausforderung dar.

Seit mehr als zehn Jahren werden in der Schweiz Quartierentwicklungsprojekte durchgeführt. Frühe Beispiele waren etwa die Projekte «Integrale Aufwertung Kleinbasel», «Allons-y Telli» in Aarau oder «BaBeL» in Luzern. Nachdem die Städte bei der Lösung dieser neuartigen Aufgabenstellung vorerst auf sich selber gestellt waren, ist es begrüssenswert, dass sich nun verschiedene Bundesstellen für ein gemeinsames Programm engagieren. Denn letztlich haben die Städte mit ihren benachteiligten Quartieren oft die Folgen nationaler Politik zu tragen. Mit dem Programm «Projets urbains» wurde ein zweckmässiger

Rahmen definiert, welcher der Situation in den Quartieren gerecht wird, ohne den Städten ein konzeptionelles Korsett aufzuzwingen. Der Ansatz vereinigt bewährte Instrumente und Prinzipien, die sich in Programmen im Ausland sowie in Schweizer Modellprojekten bewährt haben. Ein prozessorientierter Ansatz mit einem langfristigen Konzept, ganzheitliches Vorgehen unter Einschluss aller Handlungsfelder sowie Interdisziplinarität sind wichtige Elemente. Dazu kommt das Governance-Verständnis: Dialog mit allen Anspruchsgruppen sowie dienststellenübergreifendes Handeln sind gefragt. Für die Städte äusserst nützliche Elemente des Supports sind der Erfahrungsaustausch unter den Projekten sowie die durch den Bund finanzierte Evaluation.

Neu im Vergleich mit den ausländischen Beispielen ist die gezielte Unterstützung von kleinen Städten, die weder über das Knowhow noch über die notwendigen Ressourcen für solch anspruchsvolle Prozesse verfügen. Dieses ist bei den mittleren und grossen Städten oft auch nicht vorhanden. Dass in anderen europäischen Ländern auch zahlreiche Grossstädte von den nationalen Programmen profitieren, zeigt, dass sich der Bund im internationalen Vergleich durchaus mehr engagieren könnte.

Alex Willener, Dozent und Projektleiter
Kompetenzzentrum für Regional- und Stadtentwicklung, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit

Liebe Leserin, lieber Leser

Der Integrationsbericht des Bundesrates beurteilte 2007 die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung in der Schweiz als insgesamt erfolgreich. Dennoch sei, so der Bundesrat, der gesellschaftlichen Integration in Wohnquartieren ein besonderes Augenmerk zu schenken.

Dies war der Startschuss zu den «Projets urbains», die mit einem gesamtheitlichen Ansatz betroffene Wohnquartiere aufwerten wollen. Die Pilotprojekte laufen seit 2008 – Grund genug, sie im focus zu thematisieren.

Gute Lektüre – Ihre focus-Redaktion



Inhalt

Die Kunst der Kombination für benachteiligte Quartiere	1
«Neuer gesamtheitlicher Ansatz von Migration bis Raumplanung»	2
«Projets urbains»: Gesellschaftliche Integration in Wohnquartieren	3
Sessionsvorschau, Vernehmlassungen	4
Thesen zur Frühförderung, neue Präsidenten bei zwei Sektionen	5
Agenda	6

«Neuer gesamtheitlicher Ansatz von Migration bis Raumplanung»

Ernst Zingg, Stadtpräsident von Olten



Olten gilt gemeinhin als DER Eisenbahnknotenpunkt der Schweiz. Wie würden Sie Ihre Stadt sonst noch charakterisieren?

In der Tat ist die Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr ein wichtiger Trumpf unserer Stadt. Wir haben zudem ein komplettes Bildungsangebot bis hin zur Fachhochschule, bieten rund 17'000 Arbeitsplätze, vorwiegend im Dienstleistungsbereich, ausgezeichnete Wohnlagen in verkehrsberuhigten Quartieren und Naherholungsgebiete entlang dem Aarelauf und auf den Jurahöhen.

Was ist aus Ihrer Sicht das Innovative der Projets urbains?

Neu sind der gesamtheitliche Ansatz von Migration bis Raumplanung, wie die Zusammenarbeit mehrerer Bundesämter zeigt, die Vernetzung von Gemeinden mit ähnlichen Problemstellungen und das gemeinsame Lernen auf verschiedenen staatlichen Ebenen.

Weshalb beteiligt sich Olten am Programm der Projets urbains?

Das Projekt der Stadtteilentwicklung auf der östlichen Aareseite Oltens war bereits aufgegleist, als wir auf das Programm Projets urbains aufmerksam wurden. Die Teilnahme bringt uns aber mehrere Vorteile: Wir können vom Knowhow der beteiligten Bundesämter sowie vom Austausch mit den andern Projekt-

gemeinden profitieren. Wir erhalten finanzielle Unterstützung durch Bund und Kanton. Und wir können auch vom Prestige zehren, einer der Teilnehmer des Programms zu sein.

Ihr Projekt heisst «Chance Olten Ost». Welche Chancen wollen Sie nutzen?

Wir führen bewusst den Begriff Chance im Projektnamen: Neben baulichem Erneuerungsbedarf, Nutzungskonflikten und Integrationsproblematiken bietet sich auf der rechten Aareseite, auf der die Mehrheit der



Oltnerinnen und Oltner wohnen, durchaus auch Potenzial, das genutzt werden kann. So etwa der derzeit laufende Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz und die Neugestaltung unserer Lebensader, des Bahnhofs und seiner Umgebung.

Welche Ziele und Erwartungen verbinden Sie mit diesem Projekt?

Mit dem Quartierentwicklungsprojekt Chance Olten Ost wollen wir der sich abzeichnenden negativen Entwicklungsdynamik auf der rechten Aareseite rechtzeitig Gegensteuer

geben. Olten Ost soll ein attraktiver Standort für die Wohnbevölkerung und das lokale Gewerbe bleiben.

Wie sehen die ersten Erfahrungen aus?

Wir sind erfreut über die Akzeptanz und das Mitmachen in allen drei Teilprojekten, Quartierentwicklung, Liegenschaftenerneuerung und Integration. So haben beispielsweise an einem ganztägigen Mitwirkungsanlass im Januar rund 130 Personen teilgenommen! Und bis Juni arbeiten 50 Quartierbewohnerinnen und -bewohner intensiv in acht Arbeitsgruppen weiter.

Wie sorgen Sie für eine breite Verankerung Ihres Projets urbains?

Wir haben den Vorteil, dass unser Projekt vom Stadtrat und der Stadtentwicklung lanciert wurde und daher auf Behördenseite akzeptiert ist. Gegenüber der Bevölkerung gibt es nur ein Rezept: Information und Transparenz. In diesem Sinne haben wir gerade eine Geschäftsführung eingesetzt, die als Schaltstelle zwischen Behörden und Bevölkerung wirken soll.

Wo sehen Sie Olten in 20 Jahren?

Wir möchten unsere Potenziale noch verstärkt nutzen, ohne die bestehenden Qualitäten zu gefährden, das heisst konkret zum zentralen Standort für Dienstleistungen für die ganze Schweiz und – als Stadt im Grünen – zum besten Standort für städtisches Wohnen im Mittelland mit einer aktiven und weltoffenen Bevölkerung werden.

Ernst Zingg, Stadtpräsident von Olten

Geboren 1951, ist Ernst Zingg seit 1997 Stadtpräsident von Olten. Seit 2001 vertritt er die FDP im Kantonsrat, präsidiert seit 1999 den Regionalverein Olten-Gösgen-Gäu und amtiert seit 2004 als Co-Präsident der Agglomeration AareLand (Aarau/Olten/Zofingen).

Der vierfache Familienvater nennt als seine Hobbys Sport (Schwimmen, Fussball, Radfahren), Kultur (klassische Musik, Kabarett, Fasnacht) und Lesen.

«Projets urbains»: Gesellschaftliche Integration in Wohnquartieren

Josianne Maury, Reto Neuhaus und Doris Sfar, Mitglieder der Steuerungsgruppe «Projets urbains» des Bundes

Das Programm «Projets urbains» ist Teil der Integrationspolitik des Bundes. Während vier Jahren werden in elf Gemeinden Quartierentwicklungsprojekte gefördert, die zum Ziel haben, in besonders herausgeforderten Quartieren günstige Voraussetzungen für die gesellschaftliche Integration zu schaffen und die Lebensqualität zu verbessern.

Die Herausforderungen der Quartierentwicklung, mit denen die grossen Städte bereits seit Langem konfrontiert sind, betreffen mehr und mehr auch kleinere Städte und Agglomerationsgemeinden. Wie ihre «grossen Schwestern» sehen sie sich vermehrt mit Wohngebieten konfrontiert, die durch mehrere problematische Entwicklungen charakterisiert sind: Sie werden von wirtschaftlich und sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen bewohnt, das Zusammenleben gestaltet sich schwierig, Bausubstanz und Umgebung werden vernachlässigt, das Quartier verfügt über ein negatives Image. Punktuelle Eingriffe zur Verbesserung der Lebensqualität vermögen die entstehende Negativspirale nicht zu durchbrechen. Vielmehr braucht es einen ganzheitlichen Ansatz, der Probleme und Potentiale des Quartiers mit einbezieht. Nötig sind eine interdisziplinäre Vision und die Zusammenarbeit der verschiedenen Interessengruppen. Neue Lösungsansätze kommen in Bereichen zum Zug, wo die herkömmliche, «offizielle» Arbeitsteilung nicht weiterführt und wo viele Gemeinden über wenig Erfahrung verfügen.

Der Bund unterstützt kleine und mittlere Gemeinden in dreifacher Hinsicht: bei der nachhaltigen Quartierentwicklung, bei der Suche nach einem ganzheitlichen Ansatz zur Problemlösung und bei neuen Zusammenarbeitsformen zwischen den zuständigen Stellen, um einzelne Sachpolitiken besser zu koordinieren.

Interdepartementales Pilotprogramm des Bundes

Die Aktivitäten des Bundes sind als interdepartementales Pilotprogramm ausgestaltet, an dem sechs Bundesämter beteiligt sind: das Bundesamt für Raumplanung (ARE), das Bundesamt für Migration (BFM), das Bun-

desamt für Wohnungswesen (BWO), das Bundesamt für Sport (BASPO), die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) und die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM). Das ARE leitet das Programm. Zwischen 2008 und 2011 werden elf Städte und Agglomerationsgemeinden unterstützt, die über Wohnquartiere mit problematischen Entwicklungsperspektiven verfügen und sich in einem «Projet urbain» engagieren wollen. Es sind dies: Baden, Burgdorf, Montreux, Olten, Pratteln, Renens, Rorschach, Schaffhausen, Spreitenbach, Vevey und Yverdon-les-Bains.

Im Rahmen des Pilotprogramms übernimmt der Bund maximal 50 Prozent der Kosten. Darüber hinaus erhalten die Projekte technische Unterstützung. Zwei Mal jährlich organisiert der Bund zudem einen Informationsaustausch mit Präsentationen und Arbeitsgruppen über den Projektstand und die methodischen Ansätze.

Anreiz der Gemeinden zum Mitmachen

Ein erster Anreiz der Gemeinden, sich am Programm zu beteiligen, ist finanzieller Natur. Denn die Durchführung eines Projekts bedeutet für die Gemeinden ein beträchtliches Zusatz-Engagement: Information und Motivation, Planung, Koordination, Realisierung des Projektes oder das Erstellen von Analysen

in verschiedenen Bereichen. Das fehlende Knowhow in den Gemeinden muss zuweilen mit externen Mandaten kompensiert werden.

Vorteile des tripartiten Ansatzes

Die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen und Gemeinden hat verschiedene Vorteile. Das Vorhandensein eines nationalen, vom Bund getragenen Programms, das die Kantone mit einbezieht, gibt dem Projekt zusätzliche Legitimität. Dies ist umso wichtiger, als der ganzheitliche Programmansatz noch nicht etabliert ist. Ein weiteres Plus ist die Tatsache, dass das Programm als «Versuchslabor» konzipiert ist. Die beteiligten Gemeinden bilden eine innovative «Schicksalsgemeinschaft», die ähnliche Ziele verfolgt und mit vergleichbaren Problemen konfrontiert ist. Für alle ist klar: Es gibt keine Wunderrezepte, sondern eine Vielfalt von möglichen Antworten. Konzepte, die für eine Gemeinde entwickelt werden, können von einer anderen meist nicht unverändert übernommen werden. Sie bilden aber eine stimulierende Basis für weitere Überlegungen.

Der Lernprozess ist für alle bereichernd – insbesondere auch für den Bund. Sein Ziel ist es, möglichst viele Gemeinden für Fragen des sozialen Zusammenhalts und der Lebensqualität in Wohnvierteln zu sensibilisieren. Mit den «projets urbains» will der Bund Erfahrungen sammeln und die Grundlage zur Weiterführung des Programms entwickeln, so dass später möglichst viele Orte davon profitieren können.



Die AutorInnen

Josianne Maury (Bundesamt für Raumordnung), **Reto Neuhaus** (Bundesamt für Migration) und **Doris Sfar** (Bundesamt für Wohnungsbau) sind Mitglieder der Steuerungsgruppe, welches das Pilotprogramm «Projets urbains» des Bundes begleitet.

www.projetsurbains.ch

Vorschau auf die Sommersession

Mit dem Amtshilfeabkommen Schweiz-USA und einer Reihe von neu ausgehandelten Doppelbesteuerungsabkommen steht die Sommersession im Zeichen der internationalen Finanzpolitik. Für die Städte stehen zudem verkehrs- und raumpolitische Geschäfte im Zentrum des Interesses.



Genügende Mittel für Verkehrsvorhaben

Wiederholt hat sich der Städteverband für ausreichende Mittel für dringliche Verkehrsvorhaben eingesetzt. Insbesondere in den Agglomerationen ist der Nachholbedarf enorm. Die Mittelfreigabe für den Agglomerationsverkehr und die Engpassbeseitigung im Nationalstrassennetz, über die der Ständerat entscheidet, ist deshalb von grösster Bedeu-

tung. Ebenso wichtig ist, dass der Infrastrukturfonds ausreichend dotiert ist. Der Vorschlag der Verkehrskommission, den Fonds mit einer Einmaleinlage von 850 Millionen Franken aus der Spezialfinanzierung Strassenverkehr zu stärken, ist unabdingbar.

Eile mit Weile in der RPG-Revision

Dass das aktuelle Raumplanungsgesetz (RPG) seinem Auftrag – die haushälterische Bodennutzung und geordnete Besiedlung – nicht mehr genügt, ist weitherum anerkannt. Nachdem der grosse Wurf einer Totalrevision auf der Strecke blieb, befasst sich der Ständerat nun mit einer ersten Teilrevision. Diese dient als indirekter Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative und will über Vorgaben an die Richtpläne der Kantone die Siedlungsentwicklung besser steuern. Die Städte unterstützen diese erste Teilrevision, erachten aber die zweite Teilrevision, für welche die Vorarbeiten nächstens beginnen, dennoch als äusserst wichtig.

Marschhalt bei Kläranlagen-Ausbau

Mit einer Revision der Gewässerschutzverordnung will der Bund die 100 grössten Kläranlagen so erweitern lassen, dass sie Mi-

tkroverunreinigungen besser herausfiltern. Für die Kommunalverbände ist dies angesichts der noch nicht vorliegenden wissenschaftlichen Grundlagen für dieses ernste Problem übereilt. Zudem ist die Problematik im Rahmen einer Gesamtstrategie anzugehen, die auch eine gerechte Finanzierungslösung beinhaltet. Dies fordert auch eine Motion von Ständerat Büttiker (FDP/SO), die in der Kleinen Kammer traktandiert ist.

Berufslehre für «Sans-papiers» und Klimapolitik

Ebenfalls im Ständerat ist eine Motion von Nationalrat Barthassat (CVP/GE) traktandiert, die Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre ermöglichen will. Die vorbereitende Kommission stimmte dem Anliegen knapp zu.

Der Nationalrat befasst sich erneut mit der Klimapolitik. Nachdem er in der Frühlingssession die «Klima-Initiative» abgelehnt hatte, geht es nun um die Revision des CO₂-Gesetzes, die als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative konzipiert ist. Der Bundesrat schlägt ein Reduktionsziel von 20 % vor, wogegen die Initiative 30 % fordert.

Vernehmlassungen

Ausreichende Mittel für den öV-Ausbau

Der Bundesrat stellt zwei Varianten für «Bahn 2030» zur Diskussion. Das Grundszenario sieht Investitionen von 21 Milliarden Franken ins Bahnnetz vor. Eine Sparvariante soll mit 12 Milliarden auskommen. Dieses zweite Szenario blendet dringend nötige Massnahmen im Agglomerationsverkehr komplett aus. Deshalb ist es aus Sicht der Städte nicht akzeptabel.

Die Städte kritisieren auch, dass die Leistungsvereinbarung zwischen Bund und SBB für die Jahre 2011-2012 zu wenig Mittel für den Unterhalt vorsieht. Denn die urbanen Zentren spüren bereits heute die Folgen des vernachlässigten Substanzerhalts bei der Verkehrsinfrastruktur. Im Vergleich zur auslaufenden Leistungsvereinbarung sollen zu diesem Zweck während der nächsten zwei Jahre zusätzlich je 166 Millionen Franken eingesetzt werden. Dies obwohl der Netz-Audit der SBB einen massiv höheren Mehr-

bedarf ausweist. Es ist zudem fragwürdig, dass die vorgesehenen Mittel indirekt dem FinöV-Fonds entnommen werden sollen. Dieser wurde für den Bau von Eisenbahn-Grossprojekten geschaffen. Aus Sicht des Städteverbandes entsteht ein gefährliches Präjudiz, wenn für Ausbauvorhaben eingeplante Gelder in den Unterhalt fliessen.

Der Entwurf der Leistungsvereinbarung sieht insgesamt 215 Millionen Franken für Erweiterungsmassnahmen vor. Aus Sicht der Städte ist damit der kurzfristige Erweiterungsbedarf selbst in Ergänzung zu anderen Finanzierungsquellen nicht ausreichend abgedeckt. Die Liste der zurückgestellten Projekte muss deshalb überprüft werden. Nur durch die ausreichende Optimierung des Netzes ist es möglich, dessen Kapazitäten bestmöglich auszulasten und damit den optimalen volkswirtschaftlichen Nutzen aus den bisherigen Investitionen in die Infrastruktur zu ziehen.

Konsolidierungsprogramm: Nicht zulasten der urbanen Räume

Der Städteverband begrüsst, dass der Bund hin und wieder seine Aufgaben überprüft und konsolidiert. Allerdings stellt sich beim aktuellen Konsolidierungsprogramm die Frage, ob angesichts der unsicheren Wirtschaftsperspektiven dafür jetzt der richtige Zeitpunkt ist. Hinzu kommt, dass das Konsolidierungsprogramm einmal mehr nach dem Prinzip Sanieren durch Lastenverschiebung funktioniert. Dies ist für Städte und städtische Gemeinden inakzeptabel.

Sie wehren sich insbesondere gegen Einschnitte bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, der Denkmalpflege, der Wohnbauförderung und dem Regionalverkehr. Generell stellt der Städteverband fest, dass der Verkehrsbereich mit einem Wachstum von nur 2 % unterdotiert ist. Es braucht in diesem für die Städte und Agglomerationen zentralen Bereich mindestens 4 %.

Städteinitiative Sozialpolitik: Thesen zur Frühförderung

Frühförderung, das zeigen verschiedene Pilotprojekte in Schweizer Städten, ist mehr als eine politische Modeerscheinung. Unabhängig von ihrem familiären Hintergrund profitieren Kinder im Vorschulalter davon, wenn sie in ihrer individuellen Entwicklung angeregt und unterstützt werden. Überdurchschnittlich gross ist der Gewinn für Kinder sozial benachteiligter Familien. Sie erhalten dank früher Förderung bessere Startchancen für Schule und Ausbildung. Dies ist auch volkswirtschaftlich von Vorteil.

In ihren jüngst verabschiedeten Thesen zur Frühförderung fordert die Städteinitiative Sozialpolitik, dass Frühförderung als gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden anerkannt und gemeinsam finanziert wird. Dazu seien aber erst die Zuständigkeiten der drei politischen Ebenen neu festzulegen. Zudem soll der Austausch zwischen Forschung und Praxis schweizweit etabliert und verstärkt werden, so die Städteinitiative Sozialpolitik weiter.

Informationen: www.staedteinitiative.ch

Neue Präsidenten bei der Städteinitiative Sozialpolitik und der KSPD

An ihren Generalversammlungen haben sowohl die Städteinitiative Sozialpolitik wie auch die Konferenz Städtischer Polizeidirektorinnen und -direktoren (KSPD) neue Präsidenten gewählt.

An der Spitze der KSPD steht neu der St.Galler Stadtrat und Vorsteher der Direktion für Soziales und Sicherheit Nino Cozzio. Der CVP-Politiker ist seit Anfang 2007 Mitglied der St.Galler Stadtregierung und übernimmt das KSPD-Präsidium von Esther Maurer, bis März 2010 Polizeivorsteherin der Stadt Zürich.



Aussensicht des Europarates auf die Schweizerische Demokratie

Der Kongress der Regionen und Gemeinden des Europarates untersucht regelmässig den Zustand der lokalen und regionalen Demokratie seiner Mitgliedstaaten. Im vergangenen März war die Schweiz an der Reihe.

Der Bericht beurteilt den Schweizer Föderalismus insgesamt wohlwollend und stellt insbesondere der Neugestaltung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Kantonen (NFA) ein gutes Zeugnis aus. Gleichzeitig stellt der Kongress fest, dass sich eine wachsende Diskrepanz zwischen politischen Entscheidungsstrukturen und funktionalen Lebensräumen aufbaut. Mit den zahlreichen interkantonalen Konkordaten, die als Antwort auf diese Entwicklung abgeschlossen wurden, seien auch die Gefahren von Demokratiedefiziten und Bürokratisierungstendenzen verbunden. Entsprechend wirft der Bericht die Frage nach neuen institutionellen Grundlagen auf, um demokratische Entscheidungsstrukturen und ihre Umsetzung besser in Übereinstimmung zu bringen.

Bericht: www.coe.int/congress



Mit Martin Waser wechselt hingegen das Präsidium der Städteinitiative Sozialpolitik nach Zürich. Seit 2002 Stadtrat der Limmatstadt, leitet Martin Waser (SP) das Zürcher Sozialdepartement seit August 2008. In der Städteinitiative Sozialpolitik löst er Ruedi Meier, Sozialdirektor der Stadt Luzern, ab.

Der Städteverband dankt Esther Maurer und Ruedi Meier herzlich für ihr Engagement in den zwei für die Städte sehr wichtigen Sektionen unseres Verbandes und wünscht den beiden neuen Präsidenten viel Erfolg.

Kurzmeldungen

Leitfaden zur Abschätzung von Gesundheitsfolgen

«Vorbeugen ist besser als Heilen» – dieser Grundsatz gilt nicht nur im persönlichen Verhalten, sondern auch bei Projekten der öffentlichen Hand. Verkehrsnetze konzipieren, den öffentlichen Raum gestalten, Steuersätze revidieren, Tourismusprojekte realisieren – all dies hat einen manchmal indirekten, aber stets beträchtlichen Einfluss auf die Gesundheit und das körperliche und seelische Wohlbefinden der Bevölkerung.

Der erstmalig vorliegende Leitfaden bietet Fachpersonen inner- und ausserhalb des Gesundheitsbereichs praktische Hinweise für die Durchführung einer Gesundheitsfolgenabschätzung. Die herausgebende Plattform besteht aus den Kantonen Genf, Jura und Tessin, der Organisation equiterre und Gesundheitsförderung Schweiz.

Informationen: www.impactante.ch

Broschüre «Jugend und Gewalt» für Eltern und Erziehungsberechtigte

Die Schweizerische Kriminalprävention (SKP) hat in Zusammenarbeit mit den kantonalen und städtischen Polizeikorps eine Broschüre für Eltern und Erziehungsberechtigte zum Thema «Jugend und Gewalt» erarbeitet.

Darin finden sich Informationen, was die Polizei unter Gewalt von Kindern und Jugendlichen versteht, wer dem Jugendstrafgesetz untersteht, welche Entstehungsfaktoren für die Gewalt von Jugendlichen verantwortlich sein können und welche Motive und welche Formen der Gewalt häufig festzustellen sind. Weiter erhalten Eltern und Erziehungsberechtigte zahlreiche Tipps, was sie tun können, wenn ihr Kind Opfer von Gewalt wurde oder sie annehmen müssen, dass ihr Kind gegenüber anderen gewalttätig ist. Die Broschüre ist bei allen Polizeiposten in der Schweiz erhältlich.

Informationen: www.skppsc.ch/jugend

Pro Memoria: Stromtagung für Städte und Gemeinden, 10. Juni in Bern

Melden Sie sich jetzt für die Tagung über die Herausforderungen für kommunale Elektrizitätswerke im liberalisierten Markt an!

Informationen & Anmeldung: www.strom.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 10. Juni 2010** **Stromtagung «Perspektiven für kommunale Elektrizitätswerke im liberalisierten Markt»** in Bern
Weitere Auskünfte: Rosa Soland, Telefon 062 825 25 44, rosa.soland@strom.ch
- 26./27. August 2010** **Städtetag 2010 «Mobilität an ihren Grenzen – neue Konzepte für die Zukunft»** in Zürich
Weitere Auskünfte: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Kommunale Infrastruktur

- 17. Juni 2010** **Mitgliederversammlung** in Zürich
Weitere Auskünfte: Stephanie Glutz, Telefon 031 356 32 32, info@kommunale-infrastruktur.ch

Städteinitiative Sozialpolitik

- 12. November 2010** **Herbstkonferenz**
Weitere Auskünfte: Städteinitiative Sozialpolitik, Telefon 041 208 81 32, info@staedteinitiative.ch

Konferenz Städtischer Polizeidirektoren und -direktorinnen KSPD

- 8. September 2010** **8. Urbaner Sicherheitskongress «Aktuelle Herausforderungen im öffentlichen Raum»** in Zürich
Weitere Auskünfte: Andrea Bucher, Telefon 044 411 70 26, andrea.bucher@zuerich.ch

Städteinitiative Bildung Volksschule

- 29. Oktober 2010** **Herbstkonferenz**
Weitere Auskünfte: Urs Purtschert, Telefon 041 208 82 36, urs.purtschert@stadtluzern.ch

Schweizerische Konferenz der Stadt- und Gemeindeschreiber SKSG

- 18. Juni 2010** **Generalversammlung** in Chur
Weitere Auskünfte: Urs Müller, Telefon 044 832 62 40, urs.mueller@wallisellen.zh.ch

Weitere Organisationen

- 18. Juni 2010** **Stadt, Energie, Verkehr** in Zürich
Weitere Auskünfte: www.stadt-energie-verkehr.ch
- 22. Juni 2010** **Forum Familienfragen «Die heile Familie - Familien zwischen Tradition und Moderne»** in Bern
Weitere Auskünfte: Silvia Aepli, Telefon 031 333 48 53, oka@okapublic.ch, www.okapublic.ch/aktuelles
- 25. Juni 2010** **Frühjahrstagung SGVW 2010 «Open Government»** in Lausanne
Weitere Auskünfte: Dr. iur. Caroline Brüesch, Telefon 058 934 79 25, office@sgvw.ch
- 15. September 2010** **sanu «Bewegungsförderung im Wohnumfeld»** in Dornach
Weitere Auskünfte: Tanja Pete, Telefon 032 322 14 33, tpete@sanu.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband (SSV), Florastrasse 13, 3000 Bern 6

Redaktion: Renate Amstutz, Ariane Gigon (und Übersetzungen), Christina Grab, Sybille Oetliker, Martin Tschirren, Roman Widmer. Bildnachweis: Rolf Siegenthaler
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch

Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch